

Repetitorium VWL

VWA Köln

Sommer 2005

Inhalt:

1.	Konjunktur Wachstum, Beschäftigung	1
a)	Konjunktur, Begriff, aktuelle Lage	1
b)	Konjunkturindikatoren	1
c)	Impulse und Auswirkungen (Multiplikator und Akzellerationsprinzip)	1
d)	Wachstumsbegriffe	2
e)	Wachstum als Gut und als Ziel der Wirtschaftspolitik	2
f)	Beschäftigung und Beschäftigungsbegriffe	3
g)	Struktur, Strukturwandel und Wachstum	3
2.	Wirtschaftspolitik (Überblick, speziell Stabilitätspolitik)	3
h)	Überblick (allgemeine Definition, Dreiteilung)	3
i)	Stabilitätspolitik (Ziele, Träger, Instrumente)	4
j)	Fiskalpolitik	4
k)	Geld: Geldfunktionen, Geldwert, Inflation und Inflationsform	5
l)	Geld- und Kreditpolitik (EZB)	7
m)	Arbeitslosigkeit (Ursachen, Formen, Ansätze zur Bekämpfung)	9
n)	Zielkonflikte und Konfliktvermeidung	11
3.	Markt, Marktformen und Preisbildung	11
o)	Markt und Marktgleichgewicht (Überblick)	12
p)	Funktionen der freien Marktpreisbildung	12
q)	Marktformen: Kriterien und Auswirkungen	12
r)	Preisbildung beim homogenen Polypol und beim Monopol sowie das Problem der Oligopolpreisbildung	12
4.	Wettbewerb und Wettbewerbspolitik	12
s)	Der Wettbewerbsbegriff (die Aspekte des Wettbewerbs)	13
t)	Volkswirtschaftliche Funktionen des Wettbewerbs	13
u)	Wettbewerbsbeschränkungen	13
v)	Konzeptionen der Wettbewerbsordnung	13
w)	Wettbewerbspolitik Deutschland und EU	13
5.	Außenwirtschaft und Globalisierung	13

1. Konjunktur, Wachstum, Beschäftigung

a) Konjunktur, Begriff, aktuelle Lage

Konjunktur: Konjunkturzyklus, Abfolge von Phasen: Aufschwung, Hochkonjunktur, Abschwung, Rezession

Problem: Überleitung von Aufschwung in Hochkonjunktur: Mengenkonzunktur (Ausweitung von Produktion so stark, dass Nachfrage noch nicht zu Preissteigerungen führt) vs. Preiskonjunktur (Überhitzung der Produktion, Nachfrage aus Gesamtkonsum, Staatsverbrauch, Gesamtinvestitionen (BIP), Exportüberschuss beginnt überproportional zu steigen, Produktion kommt nicht mehr nach), Mengenkonzunktur schlägt in der Boomphase in eine Preiskonjunktur um. Hier muss Zentralbank eingreifen, um ausweitende Inflation zu verhindern: Gefahr eines Abschwunges vorhanden (wegen steigender Kosten, restriktive Kreditpolitik führt zu Investitionsrückgang)

Aktuell: Stagnation in D in einem weltwirtschaftlichen Boom – Umfeld! D partizipiert durch hohe Exporte, Exportüberschuss

b) Konjunkturindikatoren

Einordnung von Konjunkturphasen in D: abhängig von Entwicklung der Weltkonjunktur

Konjunkturindikatoren sagen etwas über die Konjunkturlage:

- Frühindikatoren (vorlaufende Indikatoren)
- Präsenzindikatoren (gleichlaufende, Hauptindikatoren)
- Spätindikatoren

Frühindikatoren (interessanteste Indikatoren):

- statistische Einzelgrößen (Auftragseingänge, Bauantragstellungen)
- Meinungsindikatoren (demoskopische Verfahren: IFO – Geschäftsklimaindex, ähnlich ZEW)
- Gemischte Indikatorenbündel (monatliche Veröffentlichung von Handelsblatt und FAZ, Voraussage der BIP – Entwicklung 3 Monate voraus)

Jahresgutachten des Sachverständigenrates: kurz-, mittelfristige und längerfristige Entwicklungsprognose

c) Impulse und Auswirkungen (Multiplikator und Akzellerationsprinzip)

Multiplikatorprozess

- theoretisches Modell: Erklärung von Expansionsprozessen oder Kontraktionsprozessen

- Anstoß des Multiplikatorprozesses: Ausweitung von Ausgabenbereich (Investitionen, Exportüberschüssen, Staatskonsum, technischer Fortschritt), autonome Zusatznachfrage auf den Märkten
- Zusätzliche Ausgaben haben multiplikative Wirkungen
- Investitionsmultiplikator, Exportmultiplikator
- Keine steuerfinanzierten Entwicklungsprogramme (durch zusätzliche Besteuerung)
- Zusätzliche Investitionsnachfrage soll zusätzliche Beschäftigung und zusätzliche Konsumausgaben bewirken, Multiplikatorwirkung hängt von der Sparquote ab

Akzellerationsprinzip:

- zusätzliche Konsumausgaben führt zu Investitionen und damit zur Beschleunigung der Konjunktur
- Dies ist möglich, wenn Auslastungsgrad der Industrie gering ist (in einer Rezession)
- Zunächst wird noch nicht investiert, erst wenn vorhandene Kapazitäten ausgelastet ist, erst danach führen Investitionen zu zusätzlichen Kapazitätsausweitung

d) Wachstumsbegriffe

Wachstum vollzieht sich in Schüben (Zyklen)

Definition Wachstum:

- realer Anstieg des BIP (Ausschluss des Preisanstiegs)
 - o Bewertung der Mengen mit Preisen des laufenden Jahres: nominelles Wachstums, schließt Preissteigerung ein
 - o Bewertung der Mengen mit Preisen eines Basisjahres, einheitlicher Maßstab, um sich ändernde Mengen einheitlich zu bewerten
- Pro Kopf – Einkommen (Volkseinkommen: BIP -> Netto – Volkseinkommen, wichtig!), Internationaler Vergleich: Verhältniszahlen, Relativgrößen
- Potentialwachstum

Produktionspotential: maximalmöglicher Produktionswert bei weitestgehender Auslastung der Produktionsfaktoren

- Bestimmung der Faktorbestände Arbeit, Boden Kapital
- Bestimmung von Stand und Entwicklung des technischen Fortschritts
- Auslastungsgrad: 96% (in Deutschland: Begriff wird vom Sachverständigenrat (SVR) geprägt, seit Stabilitätsgesetz 1967)
- Hochkonjunktur: Produktionsoutput nähert sich dem Produktionspotentialwachstum
- Potentialwachstum: Entwicklung der Produktionsmöglichkeiten, längerfristige Prognose (3 – 5 Jahre) des SVR, Potentialwachstum wird berechnet, keine statistische Größe

e) Wachstum als Gut und als Ziel der Wirtschaftspolitik

Warum ist Wachstum wichtig:

- steigendes BIP: Voraussetzung für steigenden Wohlstand, reale Einkommenssteigerungen
- Voraussetzung für die Verbesserung des Beschäftigungsstandes
- Erleichterung struktureller Anpassungen

Ziel der Wirtschaftspolitik:

- stetiges Wachstum: konjunkturelle Schwankungen sollen in engeren Grenzen gehalten werden
- angemessenes Wachstum: Relation zwischen Wachstumsintensität und Erreichung der anderen wirtschaftspolitischen Ziele

f) Beschäftigung und Beschäftigungsbegriffe

Beschäftigung = Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten

g) Struktur, Strukturwandel und Wachstum

Struktur einer VW: Aufbau, Gliederung, verschiedene Aspekte

- Branchenstruktur (Gliederung nach Produktionsbereichen, 3-Sektoren-Modell), primäre (Landwirtschaft etc.), sekundäre (Industrie und Gewerbe), tertiäre Produktion (Dienstleistungen)
- Regionale Produktionsstrukturen (Bsp. Strukturhilfemittel der EU)

Wachstum und Strukturwandel:

- wechselseitige Beziehung, gesamtwirtschaftliches Wachstum setzt Strukturveränderungen voraus, Strukturveränderungen wirken in die Wachstumsprozesse hinein und erfordern Anpassungen und bewirken Wachstum
- Technischer Fortschritt und Weiterentwicklung von Organisationen bewirkt auch Strukturwandel

2. Wirtschaftspolitik (Überblick, speziell Stabilitätspolitik)

a) Überblick (allgemeine Definition, Dreiteilung)

Allgemeine Definition: Zielorientierte Einflussnahme des Staates auf das Wirtschaftsgeschehen

Gliederung:

- Ordnungspolitik
 - o Festlegung der herrschenden Wirtschaftsordnung (Koordinationssystem)
 - o Wettbewerbspolitik: Gewährleistung des Funktionierens der Wirtschaftsordnung, z. B. Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung
- Stabilitätspolitik (makroökonomische Ziele)

- Strukturpolitik: z. B. Vereinbarung zwischen D und RUS zum Bau der Gaspipeline durch die Ostsee

b) Stabilitätspolitik (Ziele, Träger, Instrumente)

Stabilitätspolitik = Prozesspolitik

- Gesamtwirtschaftliche Stabilität
- Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht in Deutschland soll durch Zielkatalog im Stabilitätsgesetz §1 konkretisiert werden
- Zielkatalog:
 - o Geldwertstabilität
 - o Hoher Beschäftigungsstand
 - o Außenwirtschaftliches Gleichgewicht
 - o Stetiges und angemessenes Wachstum der Wirtschaft
 - o Bund und Länder sollen mit marktkonformen Mitteln die Ziele verfolgen
 - o Keine Rangordnung qua Gesetz, nur durch Sachgegebenheiten der Wirtschaftslage
- Zielvorgaben sind keine operationale Ziele, es sind Richtungsziele
- Operationalisierte Ziele
 - o Geldwertentwicklung in der Nähe von 2% (Strategie der EZB)
 - o Beschäftigungsstand: natürliche ALQ bis 4 %
 - o Außenwirtschaftliches Gleichgewicht: ausgeglichene Zahlungsbilanz (Salden der Leistungsbilanz können durch Salden der Kapitalbilanz ausgeglichen werden)
 - o Stetiges und angemessenes Wachstum: nicht ohne weiteres quantifizierbar

Instrumentalbündeln: Fiskalpolitik, Geld- und Kreditpolitik

Träger der Stabilitätspolitik

Hauptträger: Fiskus (Staat), EZB

Nebenträger: Arbeitgeber, Gewerkschaften (Tarifparteien), -> bei Fehlern zu Star unflexibel, hoch, niedrig, -> Schaden an der Volkswirtschaft

Integrationsmöglichkeit der Tarifparteien in die Stabilitätspolitik, konzertierte Aktion (Runder Tisch) -> Koordinierung zusammenklang, Gewerkschaften haben diese gekündigt als die Arbeitgeber einen Verfassungsklage gegen die Mitbestimmung erhoben haben.

c) Fiskalpolitik

Planmäßige Gestaltung der staatlichen Ein- und Ausgaben, hierbei soll auch das VW-Gleichgewicht erhalten werden:

- Deckung des Kollektivbedarfs (z.B. Sicherheit, Produktion öffentlicher Güter)
- Umverteilung des Volkseinkommens (Sozialhilfe, Rente, ...), direkte Transferzahlungen (Kilometerpauschale)

Keynes-sche Überlegungen zur Fiskalpolitik (aus Angst einer dauerhaften Rezession): Harmonisierung der Konjunktur durch antizyklisches Gegensteuern:

- Rezession: zusätzliche staatliche Investitionen
- Boom: Abschöpfung der Nachfrage, stilllegen des Haushaltsüberschusses (z.B. Schulden der Rezession abbauen), Bildung einer Konjunkturücklage (aus dem Wirtschaftskreislauf).

Stabilitätsgesetz von 1967 Straus/Schiller (Wirtschaft/Finanz): Fiskalpolitik ist Hauptträger der Stabilitätspolitik der ZNB. Heute: ZNB ist EZB, ausführendes Organ in Deutschland ist Deutsche Bundesbank.

Einamen Steuern (Steuerreform, mittelfristig, langfristig), Übersichtlichkeit, Wettbewerbsfähigkeit Steuern weltweit, Steuergerechtigkeit,

Fiskalpolitik bezieht sich in erster Linie auf die Ausgaben:

- Steuererhöhungen in Boomzeiten zur Bildung eines Haushaltsüberschusses
- Steuersenkungen und Investitionsausweitungen in Rezessionszeiten

Zwangseinnahmen: Steuern, Gebühren, Abgaben

Erwerbseinnahmen: aus Beteiligungen (Bahn, Post, Telekom), Einnahmen aus Grundstücken, Gewinn der Bundesbank (zur Zeit > 1 Mrd. €), Einnahmen aus dem Münzmonopol (Umfang gesteuert durch die EZB)

d) Geld: Geldfunktionen, Geldwert, Inflation und Inflationsform

Definition Geld aus Funktionen in der VW:

- Tausch / Zahlungsmittel
- Recheneinheit / Wertausdruck
- Wertaufbewahrungsmittel / Wertspeicher
- Gesetzliches Zahlungsmittel, Annahmepflicht

Motive für die Kassenhaltung von Geld (nicht in Umlauf gebracht werden):

- Transaktionsmotiv: für geplante Einkäufe, Zahlung von Miete etc.
- Vorsichtsmotiv
- Spekulationsmotiv (Keynes): bei niedrigem Zinssatz wird mehr Liquidität zurückgehalten (Giralgeld, Konto, Tagesgeld, Termingelder), Grund: es wird auf Zinsanstieg bzw. auf Anstieg der Aktienkurse gewartet, um dann investieren zu können. -> aktuelles Problem in Deutschland, Grund hier auch Angst vor Arbeitslosigkeit, Befürchtung in Zukunft mehr Geld zu benötigen (z.B. Rente), Verschuldungs- / Konsumneigung (Freude) gering =>

Klausur?

Welcher VW-Vorteil ergibt sich aus dem Vorhandensein von Geld und seinen Formen (Kredite, ...): hoher Grad der Arbeitsteilung

Markt Spezialisierung, Teilung nur bei Geldwert Stabilität????

Geldwert -> Kaufkraft, abhängig von der Höhe der Preise, Geldwert Kehrwert des allg. Preisniveaus, Geldwert = 1/allg. Preiswert

Verkehrsgleichung:

$$\underline{G \times u = P \times T}$$

allg. Preisniveau * Transaktionsvolumen (Handelsvolumen) =
Geldmenge * Umlaufgeschwindigkeit

$G * u$ steigt als Transaktionsvolumen => Steigung des Preisniveaus => Klausur?

Allg. Preisniveau * Transaktion => Volumen aller getätigte Umsätze: Größer als BIP da hier die Vorleistungen abgezogen werden müssen. Die Vorleistungen gehen in den Wert der nächsten Stufe ein und werden beim Endverbraucher realisiert.

Angebotswert: Geldmenge * Umlaufgeschwindigkeit

Nachfragewert: allg. Preisniveau * Transaktionsvolumen
(Handelsvolumen)

Stabilität des Geldes:

- Steigerung $G \times u <$ Steigerung Menge der erzeugten Produkte, umgekehrt: Inflation (Übersorgung mit Geld)
- Steigerung der Geldmenge $<$ Steigerung des gesamtwirtschaftliches Angebots
- Monetaristen: Geldmenge $<$ Produktionspotential

Primärer Anstoß ist in der Regel die Geldmenge, die zu einer Inflation führen kann (Inflation: nachhaltiger anstieg des allg. Preisniveaus). Ermittlung ist schwierig, Anwendung eines ausgewählten Index von bestimmten Warengruppen (Haupt-Index, harmonisierter Verbraucherpreis-Index HVPI, früher Lebenskosten-Index), er spiegelt die Sicht der Konsumenten wieder (Ermittlung durch Eurostat in Luxemburg).

Entstehung von Inflation, anstieg der Verbraucher Preise, Monetäres Phänomen, Übersorgung mit Geld, Geldüberhang

- Nachfrageinduzierte Inflation
 - o Export - Überschuss
 - o Staat (z.B. zur Finanzierung von Nachkriegszeiten => zu starke Kreditaufnahme zur Finanzierung des Haushaltes, daher geben ZNB keine Kredite an den Staat, sonst würde übermäßig zusätzliches Geld entstehen)
- Kosteninduzierte Inflation
 - o Lohnkosteninduzierte Inflation: Lohnsteigerungen über die Arbeitsproduktivität: Steigerung der Lohnstückkosten => Steigerung der Gesamtstückkosten => Wunsch zur Abwälzung der höheren Kosten auf die Preise, nicht auf allen Märkten möglich; Preissteigerungen auf monopolistischen Märkten (z. B. auf Energiemärkten): Nachfrageverschiebung, Geld steht für andere Güter nicht mehr zur Verfügung, dies kann durch Kredite aufgefangen werden
 - o Entstehung zusätzlicher Geldnachfrage: Mitwirkung der EZB notwendig, sie kann dies verhindern
 - o Kostendruck => Kreditnachfrage => Ausweitung der Geldmenge durch ZNB => Kostendruckinflation

- Wenn Kosten nicht auf Preise überwälzen kann und trotzdem Lohnsteigerungen zustande kommen: ZNB reagiert dagegen mit Zinssteigerungen
- Inflationsprozess kommt nur dann zustande, wenn die verfügbare umlaufende Geldmenge ausgeweitet wird

e) Geld- und Kreditpolitik (EZB)

Geldmenge:

- Bargeld + Giralgeld = Geld im engeren Sinne = M1
- M1 + kurzfristige Anlagen + kurzfristige Kredite (Termingelder, Spargelder) = M2
- M2 + Geldmarktpapiere = M3

Steuerung der Geldpolitik: M3

Ausstattung einer VW mit Geld:

- Geldschöpfungssektor: ZNB + Kreditinstitute = gesamtes Bankensystem, gesamtwirtschaftliches Geldangebot
- ZNB wickeln Geschäfte mit GBen ab
- GBen verschaffen sich von ZNB erforderliche Liquidität (ZB – Geld), um ihrerseits den Nichtbanken (Unternehmungen, private Haushalte) zu finanzieren
- Konten der GBen werden bei der ZNB gehalten
- Im Interbankenüberweisungsverkehr verbleiben Salden (Tagesbilanzen sind nicht ausgeglichen), diese Salden müssen über die jeweiligen ZB – Konten abgebildet und entsprechend ausgeglichen werden
- 2 Stufig: Kreditgeschäfte zwischen ZB und GBen, Finanzierung der Nichtbanken
- Zuführung von Liquidität: Giralgeldschöpfung (expansive Geldpolitik)
- Abzug von Liquidität: Beschränkung von Giralgeldschöpfung (restriktive Geldpolitik)
- Geldhaltungssektor = Nichtbanken
- Kreditgeschäfte: Beziehungen GBen – Nichtbanken
- EZB
 - Rat (Präsidenten der ZNBen der Eurozone, Präsident und VP des Direktoriums + 4 Direktoriumsmitglieder)
 - ESZB: nationale ZBen sind Geschäftspartner der EZB, sie werden operativ tätig
 - Zielsetzung: Geldwertstabilität, Geldversorgung in ausreichendem Umfang
 - Vorgabe für EZB vs. Vorgabe FED
 - EZB: primäres Ziel: Geldwertstabilität, dann Unterstützung der Wirtschaftspolitik der Regierungen, ergänzende Funktionen: Verwaltung der Währungsreserven, Zahlungsverkehr
 - FED: doppelte gleichrangige Zielsetzung: Geldwertstabilität und Begünstigung des wirtschaftlichen Wachstums
- Kreditgeschäfte zwischen EZB – GBen: Instrumente der Geldpolitik
 - Hauptrefinanzierungsinstrument
 - Feinsteuerungsinstrument

- Ständige Fazilitäten / Einlagenfazilitäten
- Mindestreserveregel

Zielkonflikte:

- ALQ vs. Preisstabilität
- Wachstum vs. Umweltschutz
- Zielkonflikte: Auftreten und Stärken: abhängig von der Wirtschaftspolitik
- Voraussetzung für Vermeidung: loyale Kooperation der Tarifpartner
 - Produktivitätsorientierte Lohnpolitik
 - Solide Haushaltspolitik (angelehnt am Produktionspotential, am Wachstum orientiert)
 - Abfangen von außenwirtschaftlichen Verwerfungen / Schocks, Vermeidung von Sekundäreffekten (Anstieg der Energiepreise -> Lohnforderungen mit Hinweis auf gestiegene Preise)
 - Vernünftige Kreditpolitik der EZB
 - Primärziel: Geldstabilität, dann Wirtschaftspolitik fördern => Geldpolitik zur Ermöglichung eines inflationsfreien Wachstums

Instrumente der EZB

- Zinsveränderungen wirken nur indirekt auf das Preisniveau
- Zentrale Steuerung: Liquidität, Geldangebot an die Volkswirtschaft, aber auch abhängig von der Nachfrage, insbesondere von der Nachfrage für Investitionskredite; Nachfrage hängt von den Erwartungen der Wirtschaftssubjekte ab
- Verzögerung zwischen monetären Impulsen der ZNB und der realwirtschaftlichen Auswirkung (time lag), Transmissionsprozess des monetären Impulses auf die realwirtschaftlichen Gegebenheiten, Zeitspanne der Verzögerung ist ca. 2 Jahre bis geldpolitische Maßnahmen vollständig wirksam werden (auch kurzfristige Auswirkungen möglich, z. B. Erwartungen verbessern sich)
- Keine direkte Kontrolle möglich, Früherkennung von Entwicklungstendenzen schwierig
- Kriterien, Zwischenziele zur kurzfristigen Erkennung der Richtung kreditpolitischer Maßnahmen (Strategie)

Strategie der EZB

- Definition der Geldwertstabilität: Preissteigerung mittelfristig in der Nähe 2 %
- 2 – Säulen – Strategie (Gewichtung vorhanden)
 - Orientierung an der Geldmengenentwicklung (EZB: Referenzziel zur Orientierung, 4,5%)
 - Direkte Inflationssteuerung: breit gestützte Inflationsprognose wird einer Grenze gegenübergestellt, EZB 2%, GB 2,5%, USA 3% (heute wichtigste Säule)

Instrumente: standardisierte Kreditbeziehungen zwischen EZB und GBen, operative Tätigkeiten werden von den nationalen ZBen durchgeführt

- Offenmarktgeschäfte
 - Hauptrefinanzierungsinstrument (ca. 75% der Refinanzierungsgeschäfte, andere Begriffe Repogeschäfte, Wertpapierpensionsgeschäfte): Handel mit bestimmten Wertpapieren (Staatsschutttitel)

- Wöchentliche Tender, Standardtender (Abwicklung 1 Tag), , Mengentender (Mindestbietungssatz \leq Zuteilungssatz), amerikanischer Mengentender (Bedienung GBen mit Zinsangeboten Top – to down, bis angebotene Menge ausgeschöpft ist), Zinstender,
 - Längerfristige Refinanzierungsinstrument: monatliche Tender mit Laufzeiten von 3 Monaten, kein besonderer Mindestbietungssatz
 - Feinsteuerungsinstrument (kurzfristige Zu- / Abführung von Liquidität), Schnelltender (Abwicklung 1h), EZB kann auch selbst tätig werden
 - Strukturelle Operationen
- Ständigen Fazilitäten / Einlagenfazilitäten
 - GBen können ständige Angebote der EZB in Anspruch nehmen, Spitzenfinanzierungsfazilität (oberster Geldmarktzinssatz, z. Zt. 3%), GBen können in jedem Umfang ZB – Geld gegen Sicherheiten (Wertpapiere) nachfragen
 - Geld auf Interbanken – Geldmarkt billiger: Tagesgeldsatz ist ca. 2,5%
 - Einlagefazilität: Überschüsse werden kurzfristig bei der EZB zu 1% angelegt
- Mindestreserveregel: schwaches kreditpolitisches Instrument, für kurz- und mittelfristige Verbindlichkeiten der GBen müssen Reserven von 2% im Durchschnitt einer Erfüllungsperiode (1 Monat) gehalten werden
 - Anbindungsfunktion: GBen werden in Abhängigkeit von der EZB gehalten
 - Verstetigungsfunktion: Tendenz, den Leitzins um den Mindestbietungssatz zu halten

Interbanken – Geldmarkt

- GBen mit überflüssigem ZB – Geld können anderen Banken ZB – Geld kurzfristig ausleihen
- Tagesgeldsatz an Frankfurter Börse

Leitzinsen (Signale der Geldpolitik):

- Mindestbietungssatz
- Ständige Fazilitäten (vom Mindestbietungssatz abgeleitet), Einlagefazilität

f) Arbeitslosigkeit (Ursachen, Formen, Ansätze zur Bekämpfung)

Definition: Erscheinung des Arbeitsmarktes, zu bestehenden Arbeitsbedingungen (meist Entgelt) Arbeitswillige ihre Arbeitskraft anbieten, jedoch keine Beschäftigung finden, Angebotsüberhang

Arten nach Verursachung:

- Bodensatzarbeitslosigkeit (Arbeitsunwillige)
- Saisonale AL
- Fluktuationsarbeitslosigkeit: verursacht durch Veränderungen im Wirtschaftsgefüge, Sucharbeitslosigkeit, meist von kurzer Dauer
- Wenn bei Sucharbeitslosigkeit Wiederbeschäftigung erschwert ist: Friktionelle Arbeitslosigkeit
- Strukturelle Arbeitslosigkeit: langfristige friktionelle Arbeitslosigkeit

In einer dynamischen Wirtschaft treten immer strukturelle Änderungen ein, angebotsverursacht oder nachfrageverursacht, technischer Fortschritt, sich ändernden Präferenzen, Einkommensentwicklung

Beispiele für strukturelle Arbeitslosigkeit:

- technologische Arbeitslosigkeit
- demographische Arbeitslosigkeit
- exogene Arbeitslosigkeit (Naturkatastrophen, Kriege etc.)

Technologische Arbeitslosigkeit

- Ersatz von Arbeitskräften durch Technik / Kapital
- Problem ist nicht neu (seit Anfang der industriellen Revolution), jedoch anfangs hat Industrie mehr Arbeitsplätze geschaffen, als sie vernichtet hat
- Freisetzung von Arbeitsplätzen einerseits, und Impulse aus der Erneuerung und damit Schaffung neuer Arbeitsplätze
 - o Freisetzungstheorie beobachtet kurzfristige Konsequenz bei der Einführung technischer Innovationen: Freisetzung von Arbeitsplätzen
 - o Kompensationstheorie: mittelfristig treten aus der Innovation aus dem technischen Fortschritt neue Kräfte hervor

Technischer Fortschritt -> Kostensenkung -> erweiterte Nachfrageelastizität -> Erzeugung neuer Nachfrage -> neue Arbeitsplätze

Technische Weiterentwicklung -> Unternehmensfelder F&E werden immer bedeutender -> erweiterte Beschäftigungsmöglichkeiten

Technischer Fortschritt vernichtet zunächst Arbeitsplätze, ist jedoch Voraussetzung für steigende Arbeitsproduktivität: wenn Friktionen überwunden werden (Auftritt erwünschter Wachstumsintensität) -> Steigerung der Arbeitsproduktivität, Steigerung der Realeinkommen, Steigerung der Nachfrage (auch bestimmter Güter aus Freizeitindustrie: Kompensation!)

Konjunkturelle Arbeitslosigkeit:

- Im Konjunkturzyklus sich verändernde Nachfrageintensität führt zu schwankenden Beschäftigungsgraden
- Arbeitslosigkeit in Folge mangelnder Nachfrage z. B. nach Investitionsgütern
- Konsumnachfrage wesentlich stabiler, als Investitionsnachfrage: schwankt stärker

Möglichkeiten der Wirtschaftspolitik:

- Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, mehr Druck, mehr Anreize zur Bekämpfung der dauerhaften Arbeitslosigkeit
- Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Einschränkung der Wirkungen der Flächentarifverträge
- Strukturelle Arbeitslosigkeit: Angebote für Weiterbildung, Umschulung, Förderung der Mobilität
- Konjunkturelle Arbeitslosigkeit: Einsatz konjunkturpolitischer Maßnahmen (z. B. Stabilitätsgesetz, antizyklische Maßnahmen): z. Z. keine Spielräume durch unsolide Haushaltslage => stärkeres Wachstum notwendig

Klassische Arbeitslosigkeit (Lohndruckarbeitslosigkeit)

- Arbeitsmarkt soll im Gleichgewicht sein
- Bei Arbeitslosigkeit: Ungleichgewicht vorhanden, Preis für Arbeit zu hoch
- Fraglich ist, ob Arbeitsmarkt als Markt betrachtet werden kann

Keynesianischen Arbeitslosigkeit (wachstumsdefizitäre Arbeitslosigkeit)

- zeitlich nach dem 2. Weltkrieg
- hochentwickelte VW bekommen immer mehr saturierte Märkte
- zu wenig Nachfrage von privaten Wirtschaftssubjekten
- permanente Gefahr eines Nachfragedefizits
- Ausweg: staatliche Mehrnachfrage, auch unter Verschuldung
- Nach der Internetblase 2001: Tendenzen zu neokeynesianischen Gedanken

Zusammenfassungen:

Sockelarbeitslosigkeit (Zusammensetzung aus mehreren ursächlichen Komponenten):

- Selbst bei guter Konjunktur bleibt eine unerwünschte Anzahl von Arbeitslosen übrig (statistische Feststellung)
- Strukturelle Faktoren: mangelnde Beweglichkeit, mangelnde Förderung von technischem Fortschritt, Behinderung von technischer Entwicklung
- Beobachtungen: Sockel wächst mit jedem Konjunkturzyklus weiter

Natürliche Arbeitslosigkeit:

- Arbeitslosigkeit in einer sich ändernden dynamischen Arbeitslosigkeit, die sich nicht verhindern lässt
- Addition aller unvermeidbarer Arbeitslosigkeiten: Bodensatz + Saisonal + Fluktuation + Sucharbeitslosigkeit = 5 - 6 %
- USA: ca. 4,5 %, Zentraleuropa ca. 5,5 %
- Natürliche Arbeitslosigkeit: niedrigste Arbeitslosigkeit, die mit Geldwertstabilität zu vereinbaren ist
- Prozess: ALQ liegt bei ca. 5% -> Arbeitskräftemangel in bestimmten Bereichen -> Lohnsteigerungen -> Inflationäres Klima -> Zinssteigerungen zu erwarten -> Einbruch bei Börsen
- Geldschöpfung stärker als erwünscht

g) Zielkonflikte und Konfliktvermeidung

3. Markt, Marktformen und Preisbildung

Funktionen der Marktpreisbildung

Ausgleichsfunktion

Produktionslenkungsfunktion

Einkommensverteilungsfunktion

Unterscheidungskriterien:

- Anzahl der Marktteilnehmer
- Höhe der Marktanteile

- Polypol, Oligopol, Monopol
- Teilmonopol, Teiloligopol
- Homogenen und heterogenen Marktbeziehungen
 - o Homogen: keine Unterschiede in Angebot aus Sicht der Nachfrage, standardisierte Güter (Börsenhandel von Wertpapieren, Rohstoffhandel, Grundstoffhandel)
 - o Heterogen: Fertigteilgüter, Produktdifferenzierung, aus Sicht der Nachfrager: sachliche Präferenzen
- Räumliche Lage zwischen Nachfrager und Anbieter, Transport – und Transaktionskosten
- Unterschiede in zeitlicher Dimension des Angebotes und Nachfrage (Zahlungsbedingungen), Güterlieferungen
- Unterschiede in den persönlichen Präferenzen (Markenprodukte, Produktdifferenzierung räumlich, zeitlich, persönliche Präferenzen)

a) Markt und Marktgleichgewicht (Überblick)

b) Funktionen der freien Marktpreisbildung

c) Marktformen: Kriterien und Auswirkungen

d) Preisbildung beim homogenen Polypol und beim Monopol sowie das Problem der Oligopolpreisbildung

4. Wettbewerb und Wettbewerbspolitik

Wettbewerb

- Definition: verschiedene Seiten
- Bestimmte Lage im Markt, Position gegenüber der Konkurrenz
- Typische Wettbewerbshandlungen:
 - o Absatzpolitische Instrumente: Preispolitik, Produktgestaltung, Modellpolitik, Kommunikationspolitik (Werbung, Produktwertschätzung)
- Funktionen des Wettbewerbs
 - o Überlappung mit den Funktionen der freien Marktpreisbildung
 - o Statische Funktionen (Unter Druck des Wettbewerbs (gegebene Umstände des Marktes): Höchstmaß an Effizienz muss erreicht werden, optimale Faktorkombination, optimale Faktorallokation, Verteilungsfunktion, leistungsadäquate Einkommensverteilung)

- Dynamische Funktionen (Entwicklung und Angebot von Neuerungen, Druck und Voraussetzung von Entwicklung und Einsatz von Innovationen, Produktinnovationen oder Prozessinnovationen)
- Wettbewerbsbeschränkungen (Kartelle, Fusionen, Zusammenschlüsse, marktbeherrschende Unternehmen), was tut man dagegen

a) Der Wettbewerbsbegriff (die Aspekte des Wettbewerbs)

b) Volkswirtschaftliche Funktionen des Wettbewerbs

○ c) Wettbewerbsbeschränkungen

d) Konzeptionen der Wettbewerbsordnung

e) Wettbewerbspolitik Deutschland und EU

5. Außenwirtschaft und Globalisierung

○

Akzelerator

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Der **Akzelerator** (lat. "Beschleuniger") ist eine Kennziffer, die ausdrückt, in welchem Maße eine bestimmte **Veränderung** der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu einem bestimmten **Investitionsvolumen** führt.

Der Akzelerator-Prozess ist neben dem Multiplikator-Prozess der wichtigste Mechanismus, durch den es zu einem Aufschaukeln wirtschaftlicher Impulse kommen kann. Erhöht sich beispielsweise in der Aufschwungphase die Konsumnachfrage um einen bestimmten Betrag, versuchen die Unternehmen ihre Produktionskapazitäten zu erhöhen, indem sie **in einem bestimmten Umfang** investieren, der umso größer ist, je größer die Nachfrage**erhöhung** ausgefallen ist. Dadurch steigt die Investitionsnachfrage, so dass die Gesamtnachfrage, die sich aus Konsum- und Investitionsnachfrage zusammensetzt, nochmal steigt, was per Akzelerator wiederum ein bestimmtes Investitionsvolumen auslöst.

Der Akzelerator wirkt allerdings entsprechend im Abschwung. Zusammen mit dem Multiplikator kann er im Rahmen des **Samuelson-Hicks-Modells** (konjunkturtheoretische Variante des Harrod-Domar-Modells: Multiplikator-Akzelerator-Modell) zu Konjunkturschwankungen führen. Je nach Größe des Akzelerators und des Multiplikators kann es dazu kommen, dass die Wirtschaft

- explodiert
- abstürzt
- explosiv schwingt
- gedämpft schwingt
- oder im Grenzfall eine konstante Schwingung aufweist.

Inhaltsverzeichnis

- 1 Investitionsfunktion mit Akzelerator (diskrete Zeit):
- 2 Investitionsfunktion mit Akzelerator (stetige Zeit):
- 3 Anpassung an gewünschten Kapitalstock:
- 4 Geschichte
- 5 Literatur

Investitionsfunktion mit Akzelerator (diskrete Zeit):

Verzögerung um eine Periode: $I_t = v \cdot (Y_{t-1} - Y_{t-2})$

Unverzögert: $I_t = v \cdot (Y_t - Y_{t-1})$

- I : Investitionen
- Y : Produktion
- v : Akzelerator

Investitionsfunktion mit Akzelerator (stetige Zeit):

Geht man von diskreten Zeitperioden auf infinitesimal kleine Zeitabschnitte über, dann erhält man die stetige Fassung der Akzeleratorgleichung:

$$I = v \cdot \dot{Y}$$

Der Zuwachs des Kapitalstocks ist dabei wieder gleich den Investitionen:

$$\dot{K} = I$$

Anpassung an gewünschten Kapitalstock:

Das Akzeleratorprinzip lässt sich auch deuten als ein Investitionsverhalten, bei dem die Unternehmen versuchen, den tatsächlichen Umfang des Kapitalstocks K an einen gewünschten Wert heranzuführen. Es wird soviel investiert, dass der alte Kapitalstock K_t zuzüglich der Investitionen I_t in der nächsten Periode $t+1$ gleich dem gewünschten Kapitalstock ist. Dabei sei der gewünschte Kapitalstock gleich einem bestimmten Vielfachen v der Produktion Y , wobei sich die Unternehmen an der Vorperiode orientieren:

$$\text{Gewünschter Kapitalstock: } K_{t+1} = v \cdot Y_t$$

- Der neue Kapitalstock ergibt sich aus dem alten Kapitalstock zuzüglich der Investitionen:

$$K_{t+1} = K_t + I_t$$

oder

$$I_t = K_{t+1} - K_t = v \cdot Y_t - v \cdot Y_{t-1} = v \cdot (Y_t - Y_{t-1})$$

Dies entspricht der Akzeleratorfunktion (ohne zeitliche Verzögerung).

Geschichte

Das Akzeleratorprinzip wurde bereits von den Ökonomen Albert Aftalion und Arthur Spiethoff beschrieben.

Roy F. Harrod und Evsey D. Domar erwarteten sogar explosive Entwicklungen.

- Weitere keynesianisch geprägte Modelle lieferten Paul A. Samuelson und John R. Hicks (Samuelson-Hicks-Modell).

Literatur

- Allen, R.G.D.: *Macro-Economic Theory* : A Mathematical Treatment. - London, Melbourne, Toronto : Macmillan, 1968.

Von "<http://de.wikipedia.org/wiki/Akzelerator>"

Einordnung: Makroökonomie

- Diese Seite wurde zuletzt geändert um 11:14, 19. Aug 2005.
- Ihr Inhalt steht unter der GNU-Lizenz für freie Dokumentation

Multiplikator (Volkswirtschaft)

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Als **Multiplikator** bezeichnet man in der Volkswirtschaftslehre einen Faktor, der angibt, in welchem Umfang sich ein ursprünglicher wirtschaftlicher Impuls (unabhängige Variable) auf eine zu erklärende Größe (abhängige Variable) auswirkt. Entsprechen sich die Änderungsraten der unabhängigen und der abhängigen Variablen, so ist der Multiplikator gleich Eins. Zumeist werden mit dem Konzept aber Kausalzusammenhänge erklärt, bei denen sich die abhängige Variable um ein Mehrfaches der unabhängigen ändert (Multiplikator ist größer als Eins).

Die Bezeichnung Multiplikator ist ein terminus technicus vor allem des Keynesianismus. Zusammen mit dem Akzelerator-Prozess ist der Multiplikator-Prozess ein wesentlicher Mechanismus, durch den es zu einer Selbstverstärkung wirtschaftlicher Impulse kommt. Wirtschaftspolitische Verwendung findet das Multiplikatorprinzip hauptsächlich im Rahmen der Frage einer Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage sowie der Geldpolitik.

Inhaltsverzeichnis

- 1 Multiplikatoren im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage
 - 1.1 Staatsausgabenmultiplikator (geschlossene Volkswirtschaft)
 - 1.2 Investitionsmultiplikator (geschlossene Volkswirtschaft)
 - 1.3 Exportmultiplikator (offene Volkswirtschaft)
 - 1.4 Berücksichtigung von Steuern
 - 1.5 Haavelmo-Theorem
- 2 Geldschöpfungsmultiplikator

Multiplikatoren im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage

Die keynesianische Theorie nutzt das Multiplikator-Konzept zur Erklärung diverser Zusammenhänge im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Wird beispielsweise die staatliche Nachfrage um einen bestimmten Betrag erhöht, erhöht dies nicht um denselben Betrag die Gesamtnachfrage (dann wäre der Multiplikator gleich eins), sondern um einen noch größeren Betrag. Der Grund ist, dass die höheren Staatsausgaben (**Primärimpuls**) bei anderen Wirtschaftssubjekten Einnahmen sind, die deshalb ihrerseits ihre Nachfrage erhöhen. Die **sekundären Effekte** führen zu einem Multiplikator größer eins, das heißt, der ursprüngliche Nachfrageimpuls führt zu einer Erhöhung der Gesamtnachfrage nicht in gleicher, sondern in größerer Höhe. Kritiker des Keynesianismus bestreiten dagegen, dass solche Multiplikatoren größer eins sind.

Als Multiplikator kommen im Rahmen der Nachfrageförderung alle Bestandteile der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage

$$Y_N = C + I + G + X - M$$

in Frage. Allerdings steht im Allgemeinen die staatliche unmittelbar beeinflussbare Staatsnachfrage G im Vordergrund.

- Y: Inlandsprodukt, Nationaleinkommen
- C: Konsumnachfrage
- I: (Netto-)Investitionen
- G: Staatliche Nachfrage
- X: Exporte

- M: Importe

Staatsausgabenmultiplikator (geschlossene Volkswirtschaft)

Der Staatsausgabenmultiplikator gibt an, um wie viel sich das Bruttoinlandsprodukt erhöht, wenn der Staatsverbrauch um 1 € erhöht wird. Der Multiplikator ist um so höher, je niedriger die Sparquote ist, und er ist um so niedriger, je höher die Importquote und die Steuern sind.

$$\text{Formal: } \Delta Y = \frac{\Delta G}{1 - c} \text{ bzw. } \Delta Y = \frac{\Delta G}{s}$$

- Y: Nachfrage
- G: Staatsausgaben
- c: marginale Konsumquote, die angibt, wieviel von einem zusätzlichen Euro Einkommen Y konsumiert wird.
- s: marginale Sparquote (1-c), die entsprechend angibt, wieviel von einem zusätzlichen Euro Einkommen Y gespart wird.

Der Multiplikator ist:

$$\frac{1}{1 - c} = \frac{1}{s}$$

Investitionsmultiplikator (geschlossene Volkswirtschaft)

Gemäß dem Investitionsmultiplikator führt eine exogene Erhöhung der Investitionsnachfrage im gleichen Maß zu einer Nachfrageerhöhung wie eine Ausdehnung der Staatsausgaben.

$$\text{Formal: } \Delta Y = \frac{\Delta I}{1 - c} \text{ bzw. } \Delta Y = \frac{\Delta I}{s}$$

Exportmultiplikator (offene Volkswirtschaft)

In einer offenen Volkswirtschaft ist zu berücksichtigen, dass ein Teil der steigenden Nachfrage durch Importe aus dem Ausland befriedigt wird. Der Wert des Multiplikators wird geringer, je größer die Importneigung m ist.

Im Falle einer offenen Volkswirtschaft mit autonomer (also unabhängig vom Einkommen Y gegebenen) Nettoinvestition, autonomen (unabhängig vom Einkommen Y gegebenen) Export X, einkommensabhängigem Konsum

$$C = c \cdot Y$$

und ebenfalls einkommensabhängigem Import

$$M = m \cdot Y$$

gilt bei Vernachlässigung der ökonomischen Aktivität des Staates:

$$\Delta Y = \frac{1}{1 - c + m} \cdot \Delta X = \frac{1}{s + m} \cdot \Delta X$$

Der Multiplikator ist also:

$$\frac{1}{1 - c + m} = \frac{1}{s + m}$$

Empfängt die ökonomische Aktivität durch zusätzlichen Export einen Anstoß, so erhöht sich das Einkommen Y umso mehr, je weniger in die Ersparnis "versickert" oder je weniger der zusätzlichen Nachfrage durch Importe M aus dem Ausland begriedigt wird, je kleiner also s , die marginale Sparquote und die Importneigung m ist. In umfassenderen Modellen werden Rückwirkungen auf das Ausland mit in Betracht gezogen. Die dem Ausland zugute kommende Nachfrage wird auch dort zum Teil durch Importe befriedigt, was die Exporte des eigenen Landes erhöhen kann.

Berücksichtigung von Steuern

In einer geschlossenen Volkswirtschaft, also ohne Außenhandel gilt:

$$(1) Y = C_0 + C + I + A_{St}$$

Die Gesamtnachfrage Y setzt sich aus der Konsum-, der Investitionsnachfrage und den Staatsausgaben, der Nachfrage des Staates zusammen.

Es werden proportional zum Einkommen Y Steuern T erhoben:

$$T = t \cdot Y$$

Für die keynesianische Konsumnachfrage C gilt :

$$C = C_0 + c \cdot (Y - T)$$

In Gleichung (1) steht also links Y , rechts kommt aber Y als Größe auch vor. Wie groß muss das Gleichgewichtseinkommen sein, dass das Gleichheitszeichen in (1) gilt?

Das Gleichgewichtseinkommen Y^* ist das Produkt aus **Multiplikator** und der Summe der einkommensunabhängigen Nachfragegrößen (autonome Nachfrage):

$$Y^* = \frac{1}{1 - c + ct} (C_0 + I + A_{St})$$

C_0 : einkommensunabhängiger (autonomer) privater Konsum

A_{St} : Nachfrage nach Gütern durch den Staat

I : Investitionen der Unternehmer

t : Steuersatz

c : marginale Konsumquote

Die Gleichung gibt an, um das Wievielfache das Gleichgewichtseinkommen steigt, wenn der autonome (einkommensunabhängig gegebene) private Konsum C_0 , die Investitionen (ebenfalls einkommensunabhängig gegeben angenommen) und schließlich die Staatsausgaben um einen bestimmten Betrag erhöht werden.

Fordert man, dass die Staatsausgaben voll durch Steuern finanziert werden sollen

$$A_{St} = T$$

so dass dadurch auch die Staatsausgaben vom Einkommen Y abhängig werden ($A_{St} = T = t \cdot Y$), dann

ergibt sich für Änderungen beim autonomen Konsum C_0 oder bei den Investitionen folgende Multiplikatorbeziehung:

$$Y^* = \frac{1}{(1-c)(1-t)}(C_0 + I)$$

Haavelmo-Theorem

Betrachtet man die letzte Formel und überlegt, was passiert, wenn der Steuersatz t , der Werte zwischen 0 und 1 annehmen kann, erhöht wird (man leitet also Y^* nach t ab), dann erhält man das Haavelmo-Theorem. Höheres t führt zu höherem Gleichgewichtseinkommen Y^* . Staatsausgaben- und Steuermultiplikator können also entgegengesetzt genutzt werden: Eine Erhöhung der Staatsausgaben ΔA_{St} , die mit einer Steuerfinanzierung ΔT in gleicher Höhe einhergeht, erhöht insgesamt das Gleichgewichtseinkommen/Gleichgewichtsinlandsprodukt Y^* :

$$\Delta Y \geq \Delta A_{St} = \Delta T$$

Geldschöpfungsmultiplikator

siehe Hauptartikel *Geldschöpfungsmultiplikator*

Analog definiert ist der Geldschöpfungs-Multiplikator. Er gibt an, wie stark sich die Geldmenge erhöht, wenn die Zentralbank einen geldpolitischen Impuls gibt. Er ist um so niedriger, je höher die Mindestreserve- und die Liquiditätsreservesätze sind.

Von "http://de.wikipedia.org/wiki/Multiplikator_%28Volkswirtschaft%29"

Einordnung: Makroökonomie | Wirtschaftspolitik

- Diese Seite wurde zuletzt geändert um 11:15, 26. Aug 2005.
- Ihr Inhalt steht unter der GNU-Lizenz für freie Dokumentation